

ZUM EXZELLENZCLUSTER

EXZELLENT ORDNUNGS- HÜTER

SEMESTER GUIDE

WINTER 2013/2014
CAMPUSANTIFA
FRANKFURT

An etlichen deutschen Universitäten sehen Wissenschaftler_innen ihre Aufgabe in der Erforschung politisch missliebigen Verhaltens – auch in Frankfurt.

Anfang dieses Jahres bezog der von der Goethe-Universität Frankfurt unterhaltene sozialwissenschaftliche Exzellenzcluster »Die Herausbildung normativer Ordnungen« einen elf Millionen Euro teuren Neubau auf dem Campus im Stadtteil Westend. Das Gebäude, das je zur Hälfte von Bund und Land finanziert wurde, passe sich aufgrund der Fassadengestaltung »hervorragend in das Gesamtensemble ein«, erklärte die hessische Finanzstaatssekretärin Luise Hölscher anlässlich der Einweihungsfeierlichkeiten.¹ Mit keinem Wort erwähnte Hölscher indes, dass das besagte »Gesamtensemble« vom ehemaligen Verwaltungshochhaus des IG Farben-Konzerns bestimmt wird. Das Unternehmen, das in Auschwitz ein eigenes Konzentrationslager unterhielt, ist sowohl verantwortlich für die Plünderung der von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs besetzten Länder als auch für die massenhafte Ausbeutung und Vernutzung von Zwangsarbeiter_innen. Die Verantwortung des nun auf dem IG Farben-Campus untergebrachten Exzellenzclusters »Die Herausbildung normativer Ordnungen« wird im Folgenden Thema sein.

Der »Exzellenzcluster« analysiert einer Selbstdarstellung zufolge die angeblich durch den globalen Klimawandel bedingten »Verteilungskämpfe um knapper werdende lebenswichtige Ressourcen« – sowie die »sozialen und kulturellen Kämpfe«, die für den Fall prognostiziert werden, dass die »vorhersehbaren massenhaften Migrationen in die klimatisch günstigeren Zonen beginnen«.² Die Fragestellung legt den Schluss nahe, dass hier massiv an der Verteidigung der kapitalistischen Metropolen gearbeitet wird; einmal mehr stimulieren offenbar (potenzielle) soziale und ökonomische Krisen das ohnehin bestehende Interesse der Bourgeoisie, die Feinde der herrschenden Ordnung zu identifizieren und ihre Motive und Strategien kennenzulernen, um sie besser bekämpfen zu können. Folgerichtig befürchten die für den »Exzellenzcluster« tätigen Philosoph_innen, Historiker_innen, Politikwissenschaftler_innen, Jurist_innen, Ethnolog_innen, Ökonom_innen, Soziolog_innen und Theolog_innen denn auch eine drastische Verschärfung der innen- wie der außenpolitischen Situation. Da insbesondere die Menschen in der sogenannten Dritten Welt zahlreiche »Erfahrungen von Ungerechtigkeit, von Missachtung und Demütigung« gemacht hätten, seien sie geneigt, ihre »normativen Ansprüche« gegen den Westen »notfalls ... mit Gewalt« durchzusetzen, heißt es.³ Für die west-

lichen Länder wiederum könne dies bedeuten, dass ihre Einwohner_innen angesichts vielfältiger »Bedrohungsszenarien« das »Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Staaten« verlieren und sich einem »Gefühl der Ohnmacht« ausgesetzt sehen: »Die Ohnmacht einer Gesellschaft kann zur Ursache für Diktaturen und Kriege werden, den Einzelnen führt sie in die innere Emigration oder auch in links- oder rechtsorientierte Radikalisierung.«⁴

Die Dynamik der Dissidenz

Mit Fragen der »Radikalisierung« befasst sich auch das Projekt »Widerstand – Guerilla – Terrorismus« der Frankfurter Universität. Die hier beschäftigten Forscher_innen untersuchen nach eigenen Angaben die »Eskalationsmechanismen politischer Gewalt«: »Gewaltsame Dissidenz unterliegt spezifischen Dynamiken. Weder die Rote Armee Fraktion (RAF) noch Al Qaida – um nur zwei prominente Beispiele zu nennen – haben als Terrorgruppen angefangen, sondern sind schrittweise zu Terrorgruppen geworden. Dabei ist der Übergang von gewaltloser zu gewaltsamer Dissidenz fließend. Häufig lässt sich eine Entwicklung von politischem Widerstand über Guerillakriegführung bis zum Terrorismus beobachten. Dieser Prozess kann als eine doppelte Eskalation beschrieben werden: als vertikale Eskalation, bei der die Gewaltmittel verschärft und zunehmend Regeln der Konfliktaustragung gebrochen werden, und als horizontale Eskalation, wobei sich der geographische Aktionsradius der Gruppe erweitert.« Aufbauend auf dieser Einschätzung will man nicht nur die »Bedeutung transnationaler Kooperation für die strategischen Entscheidungen dissidenter Akteure« ausloten, sondern vor allem den »Übergang von radikalem aber gewaltlosem Widerstand zu immer gewaltsameren Formen politischer Dissidenz« erklären – mit dem expliziten Ziel, »Mechanismen zu identifizieren, die zu einer Umkehr dieses Prozesses führen«.⁵

Projektleiter Christopher Daase hat indes mitnichten nur die Aktivitäten von Militanten und »Terrorist_innen« im Visier; er beobachtet nach eigener Aussage ebenso aufmerksam die »Unruhen unter jugendlichen Einwanderern in französischen Banlieues«, die »bürgerlichen Proteste gegen technische Großprojekte«, die »nationale(n) Proteste gegen Sparpläne der Regierungen in Griechenland oder Spanien« und die »Aktionen internationaler Aktivisten bei G8-Gipfeln«. Die genannten Phänomene werden von dem Politologen allesamt unter dem Begriff

»internationale Dissidenz« summiert, verstanden als »radikale, mitunter gewaltsame Kritik globaler Herrschaft«. ⁶ Dementsprechend umfassend engagiert sich Daase: Der Inhaber des Lehrstuhls für »Internationale Organisationen« an der Universität Frankfurt gehört zum Vorstand der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), ist Teil des Exzellenzclusters »Die Herausbildung normativer Ordnungen« und hat bis April dieses Jahres das Forschungsprojekt »Sicherheitskultur im Wandel« geleitet.

Sicherheitskultur

Ähnlich wie der »Exzellenzcluster« und die mit diesem eng verbundenen »Dissidenzforscher_innen« ist auch »Sicherheitskultur im Wandel« (SiW) angetreten, politische Radikalisierungsprozesse zu kontern und die Feinde der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in ihre Schranken zu weisen. SiW wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit mehr als einer Million Euro finanziert und ist Teil des von diesem aufgelegten Programms zur »zivilen Sicherheitsforschung«. Hierunter fällt nicht nur die Entwicklung von Repressions- und Überwachungstechniken aller Art, sondern auch die Untersuchung der »gesellschaftlichen Dimensionen« von »Sicherheit«. ⁷ So befassen sich andere in diesem Bereich angesiedelte wissenschaftliche Vorhaben etwa mit der Steigerung der Resilienz respektive Widerstandsfähigkeit westlicher Gesellschaften gegen Angriffe feindlicher Kombattant_innen (»Terrorist_innen«) im Inland ⁸ und fragen, »inwieweit externe Konflikte und das außenpolitische Handeln der Bundesrepublik Deutschland Rückwirkungen auf islamistische Radikalisierungsprozesse in Deutschland haben« ⁹.

Passend hierzu untersuchte das Forschungsprojekt »Sicherheitskultur im Wandel« die bei der deutschen Bevölkerung vorhandene Akzeptanz für staatliche Repressionsmaßnahmen. Den Ausgangspunkt bildete dabei folgende Einschätzung: »Während einige gesellschaftliche Gruppen Terrorismus als die zentrale sicherheitspolitische Herausforderung ansehen und neue Kontroll- und Überwachungstechniken befürworten, fühlen sich andere Gruppen gerade durch diese Anti-Terrormaßnahmen in ihren individuellen Bürger- und Freiheitsrechten bedroht.« ¹⁰ Um vor diesem Hintergrund zu verhindern, dass die »Pluralisierung der gesellschaftlichen Deutungsangebote« zu einem »Verlust einer eindeutigen Orientierung darüber, was gefährlich ist«, führt ¹¹, empfehlen die Frankfurter Sozialwissenschaftler_innen der politischen Führung, »nicht-staatliche Sicherheitsakteure«

als »Koproduzenten von Sicherheit« in ihre Entscheidungen miteinzubeziehen. Gefragt sei ein Staat, der als »vermittelnder Manager und gesamtgesellschaftlicher Steuermann« im Rahmen einer umfassenden »Security Governance« auftrete, hieß es.¹²

Parallel dazu entwickelten die Frankfurter Forscher_innen Strategien, um die Erfolgsaussichten westlicher Militärinterventionen in den Ländern des globalen Südens zu erhöhen. Grundsätzlich bekennen sie sich zu einem »militärischen Humanismus«, der eine »völkerrechtliche Verantwortung des externen Eingreifens« überall dort verortet, »wo Regierungen die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gewährleisten können« – und sehen sich gleichzeitig mit einem »Dilemma« konfrontiert: »Einerseits werden diffuse Anforderungen gegenüber der Politik artikuliert, um weitere Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu verhindern; andererseits erscheinen vielen Beobachtern aber militärische Handlungsinstrumente entweder als zu kostspielig, ineffektiv oder gar illegitim.« Gefragt wurde daher danach, welche »institutionellen Veränderungen« sich »empfehlen« ließen, um das »Spannungsverhältnis« zwischen »völkerrechtlich und öffentlich eingefordertem internationalem Eingreifen« und dem »tatsächlichen politischen Willen« dazu aufzuheben.¹³ Empirisch ermittelt wurden die entsprechenden Empfehlungen einer Selbstdarstellung zufolge unter anderem anhand der Untersuchung der »interministeriellen Zusammenarbeit im Rahmen von ›Provincial Reconstruction Teams« in Afghanistan«.¹⁴

Abgerundet wurde das Forschungsdesign des Projekts »Sicherheitskultur im Wandel« durch Überlegungen zu Fragen der »Sicherheitskommunikation«. Da »Informationen zwischen sicherheitspolitischen Akteuren und den Bürgern« ausschlaggebend für die »Legitimität« und die »Effektivität« politischer Entscheidungen seien, müssten »komplexe sicherheitspolitische Inhalte in klare Botschaften verpackt« werden, hieß es. Dies gelte insbesondere für den »Umgang mit Terrorismus, Pandemien, militärische(n) Auslandseinsätzen oder Migration« – zumal vermehrt »nicht-staatliche Gruppen und Initiativen« auf den entsprechenden Kommunikationsprozess Einfluss nähmen, indem sie »neue technologische Medien« nutzten.¹⁵

Ordnungszersetzung

Die vielfältigen Bedrohungen, denen die kapitalistische Gesellschaftsordnung ausgesetzt ist, sind allerdings nicht nur in der Mainmetropole Thema, sondern auch in Schwaben. Die Eber-

hard-Karls-Universität Tübingen unterhält seit 2011 einen geisteswissenschaftlichen »Sonderforschungsbereich« mit dem Titel »Bedrohte Ordnungen« (SFB 923). Die dort beschäftigten Wissenschaftler_innen untersuchen nach Angaben der Hochschule die »Regelhaftigkeiten« von »Revolutionen«, »Krisensituationen« und sozialen »Umbrüchen« mit dem Ziel, die Reaktionen der von den genannten »Bedrohungen« betroffenen Gesellschaften zu ermitteln: »Welche ... Ordnungen konnten dem Schock einer Katastrophe gut begegnen, welche nicht? Halten sie Erfahrungen bereit, die uns nützlich sein können?«¹⁶ Der interdisziplinäre Forschungszusammenhang, dessen »Teilprojekte« Namen wie »Aufruhr« oder »Ordnungszersetzung« tragen, wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit jährlich mehr als zwei Millionen Euro gefördert; beteiligt sind unter anderem Politolog_innen, Germanist_innen, Amerikanist_innen, Philolog_innen, Theolog_innen und Kulturwissenschaftler_innen.

»Aufruhr« definieren die Tübinger Wissenschaftler_innen als »spontanes, mitunter explosives Geschehen«, das durch den »Verlust sonst gültiger religiös-moralischer, politischer und sozialer Kontrollen wie sexueller Tabus, Gewaltverbote und Standesunterschiede« gekennzeichnet sei und »ohne formelle Anführer« auskomme. Auch teilen sie mit, dass bei einem veritablen Aufruhr selbst Betriebsrät_innen und politische Parteien »ihre Bedeutung verlieren«. Besonders interessiert die schwäbischen Forscher_innen folgende Frage: »Unter welchen Bedingungen können bestimmte Formen der Devianz und des Aufbegehrens, die Teil sozialer Ordnungen sind oder jedenfalls mit den Mitteln der Ordnung domestiziert werden können, umschlagen in Aufruhr, der die Ordnung selbst bedroht und sogar zeitweise dysfunktional werden lässt?« Näher kommen will man des Rätsels Lösung unter anderem durch die Betrachtung der Klassenkämpfe im Ruhrgebiet der 1920er und im England der 1980er Jahre; ermittelt werden soll, »unter welchen Bedingungen, auf welche Weise und mit welchen Folgen regional übliche Formen des Aufbegehrens in Montangebieten ordnungsbedrohenden Charakter annahmen.«¹⁷

Analog dem Erkenntnisinteresse der Frankfurter »Dissidenzforscher_innen« befasst sich das Teilprojekt »Ordnungszersetzung« des Tübinger Sonderforschungsbereichs mit der Frage »politische(r) Gewalt«.¹⁸ Der auf diesem Feld tätige Politologe Andreas Hasenclever etwa will wissen, warum in »afrikanischen Entwicklungsländern« trotz »ähnliche(r) strukturelle(r) Rahmenbedingungen« ein »uneinheitliches Protestverhalten« beobachtet werden kann: »Während manche Identitätsgruppen zu friedlichem

Protest aufrufen und entsprechend handeln, mobilisieren andere ihre Anhänger für Gewalt und wenden diese auch an.«¹⁹ Hasenclevers Forschungsinteresse beschränkt sich allerdings nicht auf Afrika; im September 2010 organisierte der Wissenschaftler an der Tübinger Hochschule eine internationale Konferenz über »Radikalisierungsprozesse« und »terroristische Gruppen« in »westlichen Gesellschaften«. Dem Veranstaltungsprogramm zufolge wurde unter anderem danach gefragt, wo »ziviler Ungehorsam« ende und »Terrorismus« beginne sowie danach, ob »Terrorismus« eher in »weniger entwickelten Ländern« entstehe oder in Gesellschaften, die von einem »hohen Maß an Ungleichheit« geprägt sind.²⁰ An der Tagung, die überwiegend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, waren führende Mitarbeiter_innen deutscher und ausländischer Geheimdienste beteiligt, etwa Anja Dalgaard-Nielsen vom dänischen Inlandsgeheimdienst PET sowie Benno Köpfer vom Referat »Islamistischer Extremismus und Terrorismus« des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

Operative Fallanalysen

Besonders eng dürfte sich die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftler_innen und Repressionsbehörden auch bei einem Forschungsprojekt der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) und der Universität Luxemburg gestalten; untersucht werden laut einer Selbstdarstellung »soziale Bedingungen, biografische Verläufe, subjektive Bewältigungsmuster, Prozesse der sozialen und individuellen Identität, der Umgang mit Gewalt, Gruppenprozesse und politisches Engagement von Jugendlichen in neuen sozialen Bewegungen und linksaffinen Szenen«²¹. Der zuständige wissenschaftliche Leiter Wolfgang Kühnel, der an der HWR eine Professur für Soziologie innehat und dem dortigen Fachbereich »Polizei und Sicherheitsmanagement« zugeordnet ist, zählt im Auftrag des Bundeskriminalamts erstellte »operative Fallanalyse(n)« zu seinen »Praxisschwerpunkte(n)«.²² Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das im Rahmen seiner »Initiative Demokratie Stärken« insgesamt 4,7 Millionen Euro für diejenigen bereit hält, die ihm geeignet scheinen, »die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Phänomenen des Linksextremismus und des islamistischen Extremismus anzuregen und geeignete Präventionskonzepte zu entwickeln«²³. Für ein hierbei aufgetretenes Problem hat man nach eigenem Bekunden allerdings noch

keine Lösung gefunden; wie der ehemalige Verfassungsschützer Armin Pfahl-Traugher in einer »Expertise« für das Ministerium schreibt, zeigten sich insbesondere Angehörige der »Autonomen-Szene« selbst »gegenüber Wissenschaftler(n) wenig gesprächs- und kooperationsbereit«. ²⁴ Sie dürften wissen, warum.

Peer Heinelt

- 1 Markanter Mittelpunkt für herausragende Forschung; Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, des Hessischen Ministeriums der Finanzen und der Goethe-Universität Frankfurt am Main v. 08.02.2013
- 2; 3 Forschungsprogramm; www.normativeorders.net
- 4 14.06.2013 – 04.08.2013 Ohnmacht als Situation. Democracia, Revolütie & Polizey; www.fkv.de. Bei der angegebenen Quelle handelt es sich um die Ankündigung eines Ausstellungsprojekts des Exzellenzclusters »Die Herausbildung normativer Ordnungen« und des Frankfurter Kunstvereins (FKV). Der Text wurde mittlerweile von der Webseite des FKV entfernt.
- 5 Internationale Dissidenz – Teilprojekt 2: Transnationale Eskalationsmechanismen gewaltsamer Dissidenz; dissidenz.net
- 6 Christopher Daase/Nicole Deitelhoff: Internationale Dissidenz – Ein Forschungsprogramm. In: Julian Junk/Christian Volk (Hg.): Macht und Widerstand in der globalen Politik. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft 30, Baden-Baden 2013, S. 164
- 7 Bewilligte Projekte aus dem Themenfeld »Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung«; www.bmbf.de 10.09.2012
- 8 Siehe hierzu: Gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit; german-foreign-policy.com 31.05.2012
- 9 Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren (TERAS-INDEX); www.bmbf.de
- 10 Terrorismus; www.sicherheitskultur.org
- 11 Individuelle Ebene – Die Mikroebene; www.sicherheitskultur.org
- 12 Gesellschaftliche Sicherheit – Die Mesoebene; www.sicherheitskultur.org
- 13 Menschenrechte/Humanitäre Intervention; www.sicherheitskultur.org
- 14 Institutionalisierung; www.sicherheitskultur.org
- 15 Sicherheitskommunikation; www.sicherheitskultur.org
- 16 »Bedrohte Ordnungen«. Neuer geisteswissenschaftlicher Sonderforschungsbereich (SFB) bewilligt; Pressemitteilung der Eberhard-Karls-Universität Tübingen v. 26.05.2011
- 17 Der Sonderforschungsbereich 923 »Bedrohte Ordnungen« – Projektbereich A: Aufruhr; www.uni-tuebingen.de
- 18 Der Sonderforschungsbereich 923 »Bedrohte Ordnungen« – Projektbereich C: Ordnungszersetzung; www.uni-tuebingen.de
- 19 Der Sonderforschungsbereich 923 »Bedrohte Ordnungen« – Teilprojekt C05: Die Bedrohung politischer Ordnungen in afrikanischen Entwicklungsländern; www.uni-tuebingen.de
- 20 International Conference »Radicalization in Western Societies: Preventing »Homegrown« Terrorism«. 8 – 9 September 2010. University of Tübingen, Germany (Programm)
- 21 Zwischen Gesellschaftskritik und Militanz: Politisches Engagement, biografische Verläufe und Handlungsorientierungen von Jugendlichen in Protestbewegungen und linksaffinen Szenen; campus4u.hwr-berlin.de
- 22 Prof. Dr. sc. phil. Wolfgang Kühnel; www.hwr-berlin.de
- 23 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bundesprogramm »Initiative Demokratie Stärken«. Leitlinie zum Programmbereich, www.demokratie-staerken.de
- 24 Armin Pfahl-Traugher: Expertise »Aktuelle Strömungen und Entwicklungen im Themenfeld Linksextremismus in Deutschland. Forschungsstand und Forschungsdefizite«, Brühl 2010, S. 36